

2. Gemeinsames Treffen der Naturschutzbeiräte Brandenburgs 2012 – Kurzprotokoll –

Einladung durch den Brandenburger Naturschutzbeirat (BBbeirat)

Am: Samstag, dem 13.10.2012, in der HNE Eberswalde von 10.30 bis 16.30 Uhr

Teilnehmende Institutionen

Naturschutzbeiräte (Kbeirat):

Land Brandenburg, Landkreis (LK) Spree-Neiße, LK Elbe-Elster, LK Märkisch-Oderland, LK Oberhavel, LK Oberspreewald-Lausitz, LK Oder-Spree, LK Barnim, Stadt Cottbus, Stadt Potsdam, Stadt Frankfurt.

Weitere Institutionen:

MUGV, ZALF, NABU-Stiftung Nationales Naturerbe / NSB Elbe-Elster, HNE Eberswalde.

Nicht anwesend waren Vertreter Kbeirat:

Dahme-Spreewald, Havelland, Ostprignitz-Ruppin, Potsdam-Mittelmark, Prignitz, Teltow-Fläming, Uckermark, Stadt Brandenburg.

(Vertreter entnehmen Sie bitte der Teilnehmendenliste im Anhang.)

Tagesordnung:

- TOP 1: Begrüßung mit kurzer Vorstellungsrunde und Kurzbericht über Aktivitäten seit letzter Sitzung
- TOP 2: Baumschutz (Vortrag Herr Brand [MUGV], Erfahrungsaustausch und Resümee)
- TOP 3: Kleingewässer (Vortrag Herr Kalettka [ZALF Müncheberg], Erfahrungsaustausch und Resümee)
- TOP 4: Konflikte um die ehemaligen Tagebaufelder Lauchhammer (Situationsbericht Herr Röhrscheid [NABU-Stiftung] und Statement Herr Louis, Erfahrungsaustausch)
- TOP 5: Abstimmung
- TOP6: Verschiedenes

TOP 1: Begrüßung

- **Ansprechpartner im Ministerium:** Ingo Gast, Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Abteilung Naturschutz, Heinrich-Mann-Allee 103, 14473 Potsdam, Telefon: 03331 / 866-7033, Fax: 0331 / 866-7158, Email: ingo.gast@mugv.brandenburg.de
- **Aktivitäten des BBbeirat seit letzter Sitzung mit Kreisbeiräten**
 - **Brief an Landräte:** Aufforderung Kooperation mit BBbeirat. Reaktionen der Landkreise (LK) Ostrprignitz-Ruppin, Dahme-Spreewald und Barnim. Positive Rückmeldung: Bewusstsein vor Ort, z.T. verstärkte Zusammenarbeit geplant.
 - **Geschäftsstelle:** Zur verstärkten Kommunikation zwischen den Beiräten BBG/LKs nun Geschäftsstelle mit einer halben Stelle. Kontaktdaten: Susann Nitzsche, Hochschule für nachhaltige Entwicklung (FH) Eberswalde, Friedrich-Ebert-Straße 28, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334 / 657-326, Email: susann.nitzsche@hnee.de, Sprechzeiten ab dem 1.11.12 (Haus 02, Raum 215): Di 8 - 12 Uhr, Mi 14 – 18 Uhr und nach Vereinbarung.
 - **Internetauftritt:** Aufbau zur verstärkten Kommunikation. Wünsche zur Bearbeitung oder Internetpräsenz an Frau Nitzsche mailen.
- **Themen der letzten Sitzung BBbeirat**
 - **Bildung für Nachhaltige Entwicklung** – Stand in BB.
 - **Umsetzungsprogramm Biodiversität (Biodiv):** Entwurf wird vom BBbeirat auf November-Sitzung diskutiert (verstärkte Auseinandersetzung, da Kernaufgaben BBbeirat). Problem: Abstimmung mit anderen Ressorts (v.a. Wirtschaft, Landwirtschaft).

- **Umsetzung der Großschutzgebiets(GSG)-Zuordnung:** Kein Beschluss bisher: laufende Diskussion und Verunsicherung bei GSG, mehrere Versionen (z.B. Anbindung Naturparke und Biosphärenreservate (BR) an Stiftung Naturschutz). Stellungnahme BBbeirat an Ministerin: BR sollten unbedingt direkt an Ministerium angebunden bleiben.
- **Umsetzungsprogramm Moorschutz:** Fachlich übergreifende Arbeitsgruppe vom Ministerium unter Beteiligung aller weiteren Ministerien. Moderation Vorsitz BBbeirat. Entwurf könnte im November von der AG beschlossen und dann an die Kreisbeiräte herausgegeben werden.
- **Diskussion um das Brandenburgische Naturschutzgesetz:** Vorstoß der Fraktion der Linken bezüglich einer stärkeren Verankerung der guten fachlichen Praxis. September: Anhörung vor dem Umweltausschuss, hierzu Stellungnahme des BBbeirat. Stellungnahme im Anhang.
- **Eckpunkte der Nachhaltigkeitsstrategie:** Zusammenarbeit mit Nachhaltigkeitsbeirat. Biodiv findet sich in Strategie bisher nur marginal wieder. Nachhaltigkeitsbeirat sieht Mangel und setzt sich dafür ein, Biodiv extra aufzuführen. BBbeirat bringt sich bei Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie ein, was gern gesehen wird.

TOP 2: Baumschutz

- **Vortrag Herr Brand (MUGV):** Rückblick Entwicklung des Baumschutzes in Brandenburg: Bis 2004 DDR-Baumschutzverordnung (BaumschutzVO) von 1981. Schwierige Umsetzung, deshalb ab 2004 neue Regelung: LKs, kreisfreie Städte, Gemeinden hatten die Möglichkeit sich eigene BaumschutzVOs zu geben. 2010 ist alte BaumschutzVO endgültig ausgelaufen. Dort wo hoher Druck auf Bäume herrscht (z.B. Speckgürtel) wurde BaumschutzVO erlassen, viele haben jedoch keine eigene.
- **Austausch der Erfahrungen der Kreisbeiräte: Baumschutz wichtig,** da langlebige Organismen. **Rechtliche Regelung:** Wenn Gemeinde keine VO hat, dann wirkt die des Kreises. Wenn dort keine vorhanden ist, dann zählt die des Landes. Die gibt es aber nicht, dementsprechend gibt es in diesem Fall keine VO. Drei Landkreise (Märkisch-Oderland, Uckermark, Oberhavel) haben keine BaumschutzVO, aber dafür haben dort oft Gemeinden eigene Satzungen – Einstellung von Landrat gegenüber Baumschutz ist entscheidend. In Potsdam werden Verwaltungskosten durch Einnahmen der VO getragen. **Landesweiter Mindeststandard ist erforderlich,** auch wegen Transparenz für Bürger. Insbesondere im Zuge der Kreisgebietsreform muss dieser definiert sein. Aber: schwierige Umsetzung einer landesweiten VO, auch nicht einfach LK zu VO zu verpflichten, zudem enormer Verwaltungsaufwand. Außerdem: wenn Mindestlevel vorhanden, was passiert mit strengeren VO auf niedrigeren Ebenen? **Wichtig: lokale VO/Satzungen,** da Charaktere der Gemeinden durch Bäume beeinflusst werden. Achtung: Oft gelten bestehende Satzungen der LK **nur im Außenbereich,** im Innenbereich ist Gemeinde selbst verantwortlich. Außenbereiche weniger gefährdet als Innenbereiche (z.B. Reihenhaussiedlungen). **Vollzug:** Zu wenig Kenntnis der Baumbestände durch Vollzugsbehörden. Oft wird Anträgen stattgegeben. Kommunalaufsicht reagiert bei Verstößen in Gemeinden oft sehr langsam. Vollzug und das Vertrauen durch Kbeirat in diesen ist besonders wichtig, auch das Fachbereiche sich absprechen. Problem für Gemeinden: evtl. Sachverstands- und Vollzugsprobleme. **Baumschutz auch über** Eingriffsregelung, Naturdenkmalschutz, B-Planung mit Pflanzgebot, Gestaltungsverordnung, Ausgleichszahlungen geregelt. Frage, ob man Unterschiede beim Baumschutz zwischen den LK mit bzw. ohne VO nachweisen kann, muss verneint werden, da Registrierung von Baumfällungen insbesondere im privaten Bereich fehlt. Wichtig: **Verankerung Baumschutz** auch in Umsetzungsprogr. Biodiv. und Nachhaltigkeitsstrategie als langfristiges Ziel. Argumentation: **Funktion der Bäume** (Bsp. demographischer Wandel: Schatten für alte Leute, Klimawandel: Mikroklimafunktion, Biodiv., Schallschutz etc.). Baumschutz auch Thema in Kreisbeiräten wenn große / wichtige Projekte anstehen, oft gute Zusammenarbeit dazu mit UNB. **Problematik Laubkompostierung** ernst nehmen, um Anträge auf Fällung zu vermeiden, z.B. durch stärkeren Service durch Gemeinden,

Flächen für Kompostierungsanlage, individuelle Lösungen. Schwierig in der Kommunikation mit dem Bürger: Konflikt Biber/Baumschutz.

- **Resümee:**
 - Nicht realistisch BaumschutzVO als verpflichtend in BbgNatSchG aufzunehmen, aber Mindeststandards sollten landesweit als VO definiert werden – durch Verordnung mit Option zur weiteren Verfeinerung durch Kreise / Kommunen. Ziel für die nächste Legislaturperiode-sehr gut wäre Verankerung in dem nächsten Koalitionsvertrag.
 - Wichtig: Perspektivische Schwerpunktsetzung in das Bewusstsein zu heben insbesondere mit Blick auf die Kreisgebietsreform
 - Empfehlung an Kbeiräte der Kreise ohne VO, diese doch wieder anzuregen
 - KBeiräte recherchieren Laubkompostierungslösungen in LK und Gemeinden und geben Empfehlungen an die Behörde
 - Anregung BBbeirat: Papier zum Thema Laub erstellen.

TOP 3: Kleingewässer

- **Vortrag Herr Kalettka** (ZALF Müncheberg): Kleingewässer in Brandenburg - Vorkommen, Gefährdung, Schutz (Powerpoint-Präsentation siehe im Anhang). Kleingewässer sind **Hotspots der Artenvielfalt**, wichtig für die Argumentation Biodiv. Kleingewässer < 50ha fallen **nicht in Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)**. **Keine Neuanlage** i.d.R. erforderlich, bestehende Kleingewässer eher fördern und erhalten. Bei **Entschlammung** zwischen Nutzen und Schaden abwägen.
- **Austausch der Erfahrungen der Kreisbeiräte: Hohe Pestizidbelastung** in Kleingewässern, auch in FFH-Gebieten. **Probleme:** nur Speisung aus Umgebungswasser, dadurch schnell starke Pestizidanreicherung, oft keine Randstreifen, Bauern kein Wissen über Pestizid Auswirkungen, Ausuferung der Kleingewässer durch Starkregenereignisse, weswegen Randstreifen oft nicht ausreichen, keine Regelung für Kontaminationen durch Ausuferungen, Flächenförderung GAP. **Mögliche Lösungen:** Ackerfutter um Sölle herum anbauen, Schulung und Kommunikation mit Landwirten und ihren Beratern, Leguminosenanbau, Brandenburgische Gewässerrandstreifenregelung. **Diskussion:** doch neue Gewässer anlegen? Kenntnisse über Kleingewässer bei **Wasserbodenverbänden** (WBV). Wissensstand vor Ort, gute Zusammenarbeit mit Kbeirat vonnöten. Fokus: langfristiger Erhalt wasserführender Sölle, Gegenwert für Flächenverlust durch Pufferstreifen, Beratungsförderung zum Thema Sölle in GAP
- **Resümee:** Wichtiges aktuelles Thema.
 - Überregionale Lösungen: Festschreibung von Pufferstreifen oder Randstreifen im Rahmen der GAP-Reform, z.B. Sölle als Greening-Flächen. Auf höherer politischer Ebene straffere, verantwortungsvollere Regelungen für die Anwendung von Pestiziden insbesondere mit Blick auf Extrembedingungen
 - Zusätzlich kurze, individuelle, unbürokratische Wege vor Ort nutzen (Bsp. behutsame Ertüchtigung von Meliorationseinrichtungen), aufwendige Planungsverfahren vermeiden, Absprache mit Flächennutzern, Randstreifen als Ersatzmaßnahmen, Eingriffsregelung nutzen, aber Dauerhaftigkeit sichern. Thema in Kbeirat im Blick haben.
 - WBV aktivieren, informieren, sensibilisieren, unterstützen. Mittelfristig WBV als Ansprechpartner im Gesetz festschreiben.
 - Bei AG Agrarumweltmaßnahmen durch Herrn Pfeffer Kbeirat-Sicht einbringen. BBbeirat kann bei Bedarf Stellungnahme schreiben. Kurze Kommunikationswege nutzen.

TOP 4 Tagebaufolgelandschaft Lauchhammer

- **Situationsbericht** durch Dr. Röhrscheid: **Vollzugsdefizite durch Natura 2000** (Powerpoint-Präsentation im Anhang). **Rechtliche Betreuung** durch Herrn Louis. **Lösungsansätze:** Kein

Gutachten beantragen, sondern direkten Kontakt mit Behörden: Wenn Behörde bergtechnisch argumentiert, kann die FFH-Verträglichkeit ausgegrenzt werden. Besprechen mit den Behörden: wo ansetzen, auf welchen konkreten Flächen und was wirklich gemacht werden muss mit daraus resultierender Beeinflussung. Nicht das „ob“, sondern das „wie“ in den Vordergrund stellen, da es sich noch um sehr junge Ökosysteme handelt, die sich schnell regenerieren können.

- **Austausch der Erfahrungen der Kreisbeiräte: Sicherheit** kann auf verschiedenen, mehr oder weniger naturverträglichen Wegen erreicht werden. Prozesse oft langwierig, **verfahrensorientierter Ansatz** kann sinnvoll sein. Kooperationsvertrag mit LMBV. Durch Rutschungen in Sachsen-Anhalt sind **Bergbauämter** stärker auf Sicherheit bedacht. Auch mit **anderen Interessenvertretern** reden.
- **Resümee:**
 - Gut, dass Grundwasser steigt- versuchen das Bestmögliche herauszuholen.
 - Weitere Begleitung durch Prof. Louis.
 - Moderationsangebot durch BBbeirat oder Gesprächseinladung, falls benötigt.

TOP 5: Abstimmung

- **2 Treffen pro Jahr** mit festen Terminen zu aktuellen Fragen und kleiner Weiterbildung zu einem gewünschten Thema: dritter Samstag in April (**20.04.2013**) und dritter Samstag im Oktober (**19.10.2013**).
- **Themenvorschläge für nächste Sitzung:**
 - Moorschutzprogramm (Vorschlag: Luthardt)
 - Situation der Bienen und Imker (Sack): Herr Pfeffer nimmt Kontakt auf zu Vorsitzendem Landesimkerverband.
 - Naturschutz im Wald - Waldwegebau & ordnungsgemäße Waldnutzung, welche Ziele will sich das Land Brandenburg für den Wald geben? (Witte) Evtl. nicht geeignet für Kbeirat, eher für BBbeirat oder Verknüpfung Thema Wegebau im Wald mit Thema Zerschneidung der Landschaft.

TOP 6: Verschiedenes

- Windeignungsprüfung Frankfurt (Oder): Gefährdung Rotmilan durch Windkraftnutzung. Sofortige Aktion: Herr Gast spricht Herrn Piela an. TAK-Erlass in BBbeirat-Sitzung im November besprechen. LK Oder-Spree arbeitet Stichpunkte an Naturschutzbeirat MUGV.

Anhang

- Teilnehmerliste
- Stellungnahme gute fachliche Praxis BBbeirat
- PPP Kleingewässer
- PPP Einleitung zur Bergbaufolgelandschaft Lauchhammer

Auf Anfrage wird das ausführliche Gesprächsprotokoll gern zugesandt.

Protokollierende: P. Arndt und S. Nitzsche (susann.nitzsche@hnee.de)